



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Holger Griebßhammer, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

**Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Nettokreditaufnahme
(Kap. 13 06 TG 51 - 53)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 13 06 (Kapital und Schulden) wird in der TG 51 - 53 (Schuldenaufnahme am Kreditmarkt für den allgemeinen Haushalt (Nettoverschuldung)) für das Jahr 2026 eine Nettokreditaufnahme von 1.166.347,0 Tsd. Euro und für das Jahr 2027 eine Nettokreditaufnahme von 1.852.808,9 Tsd. Euro ausgewiesen.

Begründung:

Bayern steht vor großen Transformationsaufgaben, die ohne zusätzliche öffentliche Impulse nicht zu bewältigen sind. Die bisherige Haushaltspolitik der Staatsregierung wird diesen Herausforderungen nicht gerecht und gefährdet den wirtschaftlichen Wohlstand und die Zukunftsfähigkeit des Freistaates.

Die geplante Nettokreditaufnahme in Höhe von 1.166.347,0 Tsd. Euro für 2026 und 1.852.808,9 Tsd. Euro für 2027 dient einer strategischen Investitionsoffensive und ermöglicht dringend benötigte Investitionen in folgende Bereiche:

- Transformation der Automobilwirtschaft und industrielle Zukunftssicherung
- bezahlbarer Wohnraum und soziale Infrastruktur
- Gesundheits- und Pflegeinfrastruktur
- Verkehrs- und Mobilitätswende
- Digitalisierung und Zukunftstechnologien
- Hochschul- und Forschungsinfrastruktur
- Klimaschutz, Hochwasserschutz und Resilienz
- Sicherheit und Daseinsvorsorge

Aus ökonomischer Sicht ist die Kreditaufnahme angesichts des erheblichen öffentlichen Investitionsstaus zwingend geboten. Die volkswirtschaftliche Rendite der geplanten Investitionen – durch gestärkte Wettbewerbsfähigkeit, neue Arbeitsplätze, geringere Folgekosten und höhere Steuereinnahmen – übersteigt die Kapitalkosten bei Weitem. Unterlassene Investitionen hingegen führen zu Wertverfall öffentlicher Infrastruktur, zum

Verlust von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung sowie zu deutlich höheren Sanierungskosten in der Zukunft.

Die SPD-Fraktion ist überzeugt, dass eine verantwortungsvolle Finanzpolitik nicht durch Untätigkeit und vermeintliches Sparen gekennzeichnet ist, sondern durch kluge, strategische Investitionen in die Zukunftsfähigkeit Bayerns. Die kommenden Generationen werden nicht durch maßvolle, zielgerichtete Schuldenaufnahme für produktive Investitionen belastet, sondern durch unterlassene Investitionen in ihre Lebensgrundlagen, ihre wirtschaftlichen Perspektiven und die öffentliche Infrastruktur, die sie übernehmen werden.